

Meine Wahlpräferenzen 2021

Normalerweise unterbreiten in Wahlzeiten Parteien den Wählern ihre Angebote. Diese machen dann bei der Partei ihrer Wahl ein Kreuzchen. Hier soll es mal umgekehrt sein. Hier sind meine Vorschläge an Parteien und Personen, wofür ich sie wählen würde, wenn sie diese Vorschläge unterstützen würden.

Hier meine Vorschläge:

Deutschland erneuern und moderner machen! Friedlich und kooperativ in der Welt! Für einen gemeinwohlorientierten Staat mit mehr Streben nach parteiübergreifendem Konsens! Klimaneutrale Industrie und Landwirtschaft ohne (übertriebenes) Wachstum! Sozial gerecht und dem Klima angepasst! Wertschätzung der Arbeit der Menschen in Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kultur und Sicherheit! Hohe Bildung und beruflichen Abschluss für alle! Achtung vor dem Alter und Chancen für die Jugend! Respekt vor allen Menschen, keine Duldung von Rassismus und Diskriminierung! Digitalisierung der Verwaltung ohne eine permanente Überwachung! Nachhaltiger Lebensstil als neue Wohlstandsnorm statt Konsumismus! Individuelle Freiheit und Möglichkeit demokratischer Mitwirkung für alle! Sicherheit im Alltag vor Krieg, Gewalt und Katastrophen! Ergänzung der Menschenrechte in Deutschland mit dem Recht (und Pflicht) auf Arbeit, Recht auf Bildung für alle, Recht auf gesundheitlichen Schutz für alle, Recht auf bezahlbaren Wohnraum bis ans Lebensende, Recht auf Teilhabe an Kultur und dem gesellschaftlichen Leben.

Außenpolitik

- Frieden und Abrüstung als höchstes außenpolitisches Ziel, Ächtung von Krieg und Gewalt in den internationalen Beziehungen, Stärkung der UNO als multilaterale Gemeinschaft
- Weltvertrag für Frieden und Abrüstung, für Klimaschutz und Wohlstand, für Gesundheit und Bildung, für Gleichberechtigung aller Menschen und Respekt vor der Kultur aller Völker
- Selbstständige deutsche Außenpolitik und EU-Außenpolitik ohne US-Einmischung
- keine Erhöhung der Militärausgaben innerhalb der NATO
- Keine EU-Armee oder EU-Eingreiftruppe
- Weltweites Verbot von Atomwaffen und Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland
- Grundsätzliches Verbot des Waffenexports
- Verbot von Bundeswehreinsätzen im Ausland, einzige Ausnahme: Blauhelmeinsatz der UNO
- Selbstkritische Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes im Deutschen Bundestag, in der NATO und EU
- Sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Unbürokratische Aufnahme der afghanischen Ortskräfte und von Frauen in Deutschland
- Rückzug der Patriot-Raketen aus der Türkei

- Keine Drohnen für die Bundeswehr
- Internationales Abkommen gegen illegale Kriege (Drohneneinsatz, Finanzierung von Ersatztruppen etc.) – Vervollkommnung des Völkerrechts
- Internationales Abkommen zum Datenschutz im Internet, das Ausspähen privater Daten verhindert.
- Verbot der politischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder
- Normalisierung des Verhältnisses zu Russland durch Diplomatie, Wirtschaftsbeziehungen (Schluss mit Sanktionen), Beendigung der Einmischung in innere Angelegenheiten (Nawalny), Einhaltung des Minsker Abkommens im Hinblick auf Ostukraine, keine NATO-Übungen an der Grenze zu Russland – evtl. ein deutsch-russischer Grundlagenvertrag oder einer zwischen der EU und Russland
- Normale politische und wirtschaftliche Beziehungen zu China ohne Einmischung in innere Angelegenheiten
- Lösung des Nahost-Konflikts unter Einbeziehung und Respektierung aller Staaten und ihrer Führungen bei Gewährleistung des Existenzrechts von Israel
- Diplomatische Anstrengungen zur Beendigung kriegerischer Handlungen in Syrien, deutsche Hilfe beim Wiederaufbau
- Verhandlungen mit Syrien (Assad), Afghanistan (Taliban) zur Lösung humanitärer Probleme: Humanitäre Maßnahmen für Flüchtlinge vor Ort oder in Nachbarstaaten, Wirtschaftshilfe an menschenrechtliche Verpflichtungen binden
- Schluss mit den Sanktionen gegen Kuba, normale Handels- und diplomatische Beziehungen zu Kuba
- Politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Beseitigung von Fluchtursachen im Nahen Osten und Afrika
- Einigung in der EU auf eine gelenkte und gesteuerte Einwanderungsmöglichkeit in EU und Deutschland
- Wahrung des Rechts auf Asyl
- Neustrukturierung des EU-Haushaltes zur Lösung von Problemen, die nur durch die Gemeinschaft gelöst werden können (warum z.B. Fördergelder der EU für nationale Projekte, die vom Einzahler in den EU-Haushalt selbst finanziert werden könnten)
- Mehr Solidarität mit anderen Ländern (Griechenland, Spanien ...) – „Marshall-Pläne“ zur Verbesserung der Produktionsstruktur im Land (z. B. Solarstrom für Europa etc.)

Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Grundsätzlich: Solide Sicherung der Einnahmen im Haushalt des Bundes, der Länder und Gemeinden, um Maßnahmen zur ökologischen Nachhaltigkeit, der Bildung, der Sicherung der Sozialsysteme, der Gesundheit und Sicherung sowie der Infrastruktur zu finanzieren
- Systemrelevante Infrastruktur in staatliche Hand (Eisenbahntrassen, Stromtrassen, Wasser, Sicherheit, Digitale Infrastruktur)
- Zusicherung, in jedem Ort von Deutschland eine sichere Internetverbindung zu garantieren

- Zukunftsinvestitionen durch Bürger zur Finanzierung von ausgewählten Staatsausgaben statt privater Anlage bei Banken (Verzinsten Staatsanleihen für Bürger, Zinsen in Höhe mindestens der Inflationsrate)
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes (mindestens auf die Höhe der Kohl-Zeit), wodurch auch der „Bauch“ bei den mittleren Einkommen verschwindet
- Endgültige Abschaffung des Solidaritätszuschlages der deutschen Einheit, aber evtl. zeitweise ein Solidaritätszuschlag zur Überwindung nationaler Katastrophen
- Einmalige Solidaritätsabgabe für Reiche (ab 1 Mio Vermögen) in Höhe von 1% des Vermögens zur Entschuldung des deutschen Staatshaushalts und Bewältigung der Corona-Krise (Wiederholung einer solchen Abgabe nach 10 Jahren möglich)
- Wiedereinführung der Erbschaftssteuer (davon ausgenommen: Aktives Betriebsvermögen)
- Vereinfachung des Steuerrechts durch Abschaffung aller möglichen Steuernachlässe, die nur bürokratische Monster sind (stattdessen Erhöhung des Pauschbetrags für Werbekosten für Arbeitnehmer statt Einzelnachweise für Dienstreisen, Arbeitszimmer, Pauschalisierung von Handwerkerleistungen in Wohnungen, Pauschalisierung von Gesundheitskosten ...)
- Gleicher Lohn in Ost und West
- Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 12 EUR/Std. (auch für ausländische Erntehelfer ohne Abzüge für Unterbringung, für Pflegekräfte ...)
- Erhöhung der Gehälter für sog. Frauenberufe, grundsätzliche gleiche Gehälter zwischen Männern und Frauen in allen Berufen
- Allgemeine Tarifvertragspflicht in allen Berufszweigen
- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung
- Einführung einer Bürgerversicherung (Pflicht) für alle, Auflösung der privaten Krankenversicherungen, nur noch erlaubt als Zusatzversicherungen
- Gleiche Rentenberechnung in Ost und West
- Deckelung der Zuzahlungen in Pflegeheimen
- Zeichnungspflicht durch Patienten für medizinische Leistungen von Ärzten, die diese bei der Krankenkasse abrechnen, ab einem bestimmten Betrag
- Kinderbonus für alle Familien mit Kindern (Erhöhung des Kinderfreibetrags, Kindergrundsicherung)
- Rentenniveau von mindestens 50 % vom Netto (aus Rentenkasse und Steuern)
- Abschaffung der Kündigungspflicht für Arbeitnehmer zum Zeitpunkt des Eintritts ins Rentenalter
- Flächendeckendes Angebot an KITA-Plätzen für alle Kinder und deren kostenlose Unterbringung (genau wie Schule), nur an den Verpflegungskosten beteiligen sich die Eltern
- Abschaffung der „Herdprämie“, aber Erhöhung des Kindergelds
- Neues Mietengesetz zur Steuerung sozialverträglicher Mieten
- ~~○ Enteignung großer Wohnkonzerne (Berliner Volksentscheid) und Überführung der Wohnungen in kommunale Wohnungsgesellschaften~~
- Staatlich gefördertes Wohnungsbauprogramm für kommunale Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften mit Mietpreisdeckelung

- Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen
- Keine Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
- Kein bedingungsloses Grundeinkommen
- Neuordnung/Abschaffung von Hartz IV: Großzügigere Anrechnung von Vermögen, Zusatzleistungen zum Lohn bzw. Nebeneinkünften
- Keine weiteren Belastungen für Alte, Behinderte (Zugang zu Bankkonten, Sparkassen, ÖPNV, Bargeld, freiwillige Online-Bezahlung)
- Recht auf ein gebührenfreies Konto für alle

Bildung

- Einheitliche Bildungsstandards für alle Bundesländer
- Schluss mit der Akademisierung der beruflichen Wege, Aufwertung einer beruflichen Ausbildung auch ohne Abitur
- Grundsätzlich Grundschule bis zur 6. Klasse in allen Bundesländern, danach nur Gymnasium oder Sekundarschule (Gemeinschaftsschule) (mindestens bis Klasse 10)
- Recht auf Ganztagschule
- Fortsetzung des staatlich geförderten Rekonstruktionsprogramms für Schulen, KITAS und öffentliche Kinderspielplätze
- Keine Studiengebühren innerhalb der Regelstudienzeit, stattdessen Grundstipendium für die Regelstudienzeit für alle in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern (Bafög)
- Erhöhung der Gehälter für Erzieher in den KITAS und bei Lehrern: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (egal ob Beamter oder Angestellter)

Umwelt und Klima

- Ausgleich zwischen Wirtschafts- und Umweltpolitik, Durchsetzung des Klimaschutzgesetzes
- Keine ständige allgemeine Beschwörung des statistischen 1,5-Grad-Ziels, sondern konkrete strukturelle Maßnahmen, die diesem Ziel dienen.
- Angebote und Werbung für Veränderung des Lebensstils statt ständig neuer Verbote
- Verbote nur dort, wo unumgänglich
- CO2-Umlage auf Mietwohnungen je zur Hälfte für Eigentümer (Vermieter) und Mieter
- Sicherung des Strombedarfs in den nächsten Jahren (keine übereilte Abschaltung von Stromerzeugern)
- Maßnahmen zur generellen Senkung des Strom- und Energieverbrauchs: Verbot von unnötigen Stromfressern (nicht ständig neue unnötige elektrische Geräte, Beleuchtungen, Surfbretter mit Batterie, Elektroroller, E-Bikes, E-Autos mit Superreichweite ...)
- Ausbau der ökologischen Stromerzeugung (Windkraft, Solar), der Speicherung und des Transports des Stroms über Trassen
- Förderung der Entwicklung alternativer Antriebe (Wasserstoff-Elektrolyse, Brennstoffzellen)
- Verbot der Holzverbrennung in Kraftwerken

- Tempolimit auf Autobahnen: 130 km/Std. Feste Messstellen zur Kontrolle.
- Pflicht, Radarfallen auf den Straßen per Straßenschild anzukündigen (wie in Polen), Schluss mit der Wegelagerei
- Reduzierung des PKW-Verkehrs, Schluss mit dem Autowahn in Deutschland, aber Deckung des wirklichen Bedarfs
- Staatlich regulierte Erhöhung der Benzinpreise bis zu einem Satz, der Autofahren mehr und mehr unattraktiv macht (Steuerinstrument für ökologische Nachhaltigkeit)
- Ausgleich des Benzinpreises für Pendler und andere notwendige Fahrten
- Keine Neuzulassung von SUV (auch keine Elektro-SUV)
- Keine Kaufanreize für Motor-Fahrzeuge aller Art, auch nicht für Elektroautos, aber Ausbau Ladesäulen (für privat und gewerblich)
- Zulassung von preiswerten PKW nur noch mit Spritverbrauch unter 5l/100 km (kleine PKW)
- Zulassung von kleinen Elektro-PKW für die Innenstädte
- Keine selbstfahrenden Autos und keine Förderung deren Entwicklung
- Pflicht für Logistikunternehmen, Elektrofahrzeuge einzusetzen
- Förderung Elektrotaxis, elektrische Busse, Straßenbahnen
- Förderung Brennstoffzellen in LKWs
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: Bürgerticket für alle, unentgeltliches Ticket für Schüler
- Gesetz über die Werbung in Deutschland (Werbegesetz): Förderung eines nachhaltigen Lebensstils, steuerliche Beschränkung der Werbeausgaben in den Firmen, Kontrollinstanz (wie bei Medien – Kontrollrat/Beschwerdestelle) zu Werbeangeboten zur Sicherung der Werbung für Nachhaltigkeit und Schutz vor falschen Versprechungen
- Werbesendungen per Post verbieten (so wie bei Telefon oder E-Mail schon geschehen) – „Katalog-Verbot“: niemand darf ohne sein ausdrückliches Verlangen einen Katalog oder Prospekt zugeschickt oder zugestellt werden – auch nicht als Beilagen in Zeitungen – erlaubt bleiben allein Anzeigen in Zeitungen und im Internet
- Werbeverbot für bestimmte Lebensmittel, besonders für Fleisch, Tabak, Alkohol und importiertes Gemüse/Obst, für Grillen und entsprechende Geräte
- Werbeverbot für süße Kindernahrung
- Werbeverbot für Medikamente
- Einschränkung der Werbung für Fernreisen und Kreuzfahrtschiffe
- Regulierung der Autowerbung
- Regelung für saisonale Angebote und dementsprechende Werbung (keine Werbung für Weihnachtsgebäck vor November, keine Werbung für Ostern vor März ...)
- Transportbeschränkungen für Lebensmittel innerhalb Europas, Einfuhrbeschränkungen für Lebensmittel aus Übersee (kein Lamm aus Neuseeland, kein Rindfleisch aus Übersee, keine Weintrauben aus Chile, keine Birnen aus Südafrika ...).

- keine Möbelwerbung unter Annahme von Wohnungen, die mit der Lebenswirklichkeit der Menschen nichts zu tun haben
- Maßnahmen zur Reduzierung des LKW-Verkehrs auf deutschen Autobahnen
- Ausbau des Schienennetzes auch für den Lastverkehr in Europa
- Keine weiteren Erweiterungsbauten für Bundesautobahnen, aber Fertigstellung bereits begonnener Vorhaben – Wegeplan zur Beseitigung von Engstellen und Rekonstruktion und permanenten Erhaltung
- PKW-Maut auf Bundesautobahnen und Bundesstraßen zur Erhaltung des Wegesystems – zweckgebundene Verwendung der Mittel für Rekonstruktion und Erhaltung des Straßennetzes
- Grüne Welle auf innerstädtischen Hauptstraßen bei Tempo 50
- Grundsätzlich Tempo 30 außerhalb von Hauptstraßen
- Reduzierung des Schilderwalds durch Veränderung der STVO (z.B.: Schildhinweis gilt nur bis zur nächsten Einmündung einer Straße, durchgehende Temporegelung auf einer Straße, nicht ständigen Wechsel)
- KfZ-Steuer nach Spritverbrauch und CO₂-Ausstoß ohne Relativierung durch Gewicht des Autos
- Stopp des Baus der A 100 in Berlin über Treptow hinaus
- Nachtflugverbot auf allen deutschen Flughäfen von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr
- Ausbau der Sachsenmagistrale Dresden-Nürnberg und ICE Dresden-Chemnitz-Nürnberg-München
- Elektrifizierung der Strecke Leipzig-Chemnitz
- Gemeinsam mit Polen Elektrifizierung der Strecken nach Warschau, Szczecin, Gdansk, Poznan, Wroclaw
- Gemeinsam mit Tschechien Rekonstruktion oder Neubau der Strecke Dresden-Prag
- Keine weitere Elbvertiefung in Hamburg und keine Kanalisierung der Elbe am Mittellauf
- Besteuerung des Flugbenzins und Umlage auf die Flugpreise mit der Folge einer drastischen Reduzierung des Flugverkehrs, Verbot von Kurzstreckenflügen und Beschränkung der Privatfliegerei
- Beschränkung Kreuzfahrten
- Regulierung des Gebrauchs von Elektrorollern und Mofas in den Städten
- Sinnvoller Ausbau des Fahrradnetzes
- Pflicht beim Online-Handel, die Transportkosten an Kunden weiterzugeben (also Verteuerung, es muss im Laden preiswerter sein!)
- Förderung Stadtbegrünung und Verschwammung
- Effektive Maßnahmen zum Hochwasser- und Katastrophenschutz
- Ausbau der Katastrophendienste (Feuerwehr, THW, Gesundheitswesen, Warnsysteme)
- Nationale Katastrophenreserve (Medikamente und andere Gesundheitsartikel, Löschgeräte, Löschflugzeuge ...)

- Wiederaufbau der geschädigten Gebiete, aber mit klaren Sicherheitsvorschriften und Schutzmaßnahmen (rote Zonen für Überschwemmungsgefährdung)
- Abschaffung aller Ausnahmeregelungen bei der Stromumlage (keine Befreiung von Betrieben), staatliche Genehmigungspflicht für Strom- und Gaspreise
- Neue Verpackungsmittelverordnung, die den Verpackungsmüll drastisch reduziert (Verpackungssteuer)
- Verbot auch von kostenlosen Papiertüten, nur eigene Behältnisse oder mehrfach verwendbare Stoffbeutel erlaubt
- Klare lebensmittelrechtliche Vorgaben an die Lebensmittel-Industrie und transparente Kennzeichnungspflicht sowie Einführung einer wirksamen Kontrolle durch die Lebensmittelaufsicht

Recht und Finanzen

- Verbot spekulativer Finanzprodukte
- Transaktionssteuer für Banken
- Nationaler, kein europäischer Einlagensicherungsfond für Geldanlagen der Bürger
- Bürgergerechte Digitalisierung ohne Überwachungsoptionen
- Entbürokratisierung (längere Gültigkeit bestimmter Dokumente, Online-Abwicklung)
- Keine Gendersprache in Gesetzestexten
- Auflösung aller Ministerien in Bonn und kompletter Umzug nach Berlin
- Wahlrecht für Bürger ab 16 Jahre
- Pflicht aller Abgeordneten, ausnahmslos alle Nebeneinkünfte zu veröffentlichen
- Verbot von Lobbyisten-Einfluss bei der Gesetzgebung, aber Pflicht der Anhörung seitens des Parlaments
- Verbot des Privatbesitzes von Waffen
- Schluss mit jeglicher Diskriminierung von Immigranten in der Schule, bei Behörden, in den Medien

Gesundheit

- Dauerhafte Hygieneregeln in Auswertung der Corona-Pandemie
- Neues Infektionsschutzgesetz, das die Erfahrungen der Corona-Pandemie berücksichtigt
- Aufhebung der Inzidenz (Infizierte) als Richtwert für einschränkende Maßnahmen, stattdessen Bewertung der Zahl der Erkrankten
- Impfpflicht gegen Corona oder ähnlich gelagerte Krankheiten für bestimmte Berufsgruppen (Gesundheitswesen, Pflegedienste, Lehrer und Erzieher, Polizei, Feuerwehr)
- Sofortige Aufhebung irrelevanter Corona-Regeln (z.B. 3G beim Kaffee beim Bäcker, Maskenpflicht im öffentlichen Raum, FFP2-Masken, Kontaktnachverfolgung, Einstellen der Corona-Warn-App und der Luca-App)
- Expertengremium für Pandemien und ähnliche Ereignisse, das Regierung berät
- Sicherung der Funktion der Krankenhäuser für alle Eventualitäten

- Neues Finanzierungssystem in Krankenhäusern (keine Fallpauschalen)
- Ständige Impfangebote

Medien

- Erhalt des ÖRR
- Selbstkritische Aufarbeitung der Qualität der Programme in Politik und Unterhaltung im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen
- Keine Gendersprache, aber Gleichberechtigung der verschiedenen Geschlechter
- Reduzierung der Krimis und Quiz-Sendungen
- Reduzierung Sportübertragungen, keine Sport-Doppelübertragungen ARD/ZDF
- Seriöserer Umgang mit DDR-Vergangenheit
- Meinungsvielfalt, keine Meinungsmanipulation
- Werbeeinblendungen im gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen nur zur Förderung eines nachhaltigen Lebensstils entsprechend Werbegesetz
- Wiederholung bedeutsamer Fernseh- und Kinofilme aus den vergangenen 80 Jahren („Moderne Rumpelkammer“)

Eigene Vorschläge

- ...
- ...
-
-
-

Bitte senden an:

Eberhard Aurich
Müggelschloßchenweg 16
12559 Berlin
mail@eurich.de
www.eaurich.de